

4. Kabinettsitzung [der Bundesregierung] am Mittwoch, den 4. November 1953

[Auszug]

Teilnehmer: Adenauer (bis 12.00 Uhr), Schröder, Neumayer, Schäffer (Vorsitz ab 12.00 Uhr), Erhard, Lübke, Storch, Schubert (1), Preusker, Oberländer, Kaiser, Hellwege, Wurmeling, Tillmanns, F. J. Strauß, Schäfer, Kraft; Bergemann, Hallstein (zeitweise), Westrick; Klaiber; von Eckardt; Selbach, Kilb; Blank, Vockel. Protokoll: Haenlein und Pühl (2).

Beginn: 9.30 Uhr

Ende: 13.15 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung werden erörtert:

[...]

Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten:

[1.] AUSSPRACHE (15) ÜBER DIE DERZEITIGE LAGE AUF DEN GEBIETEN DER FINANZ-, WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK UND FESTLEGUNG VON GRUNDSÄTZEN HIERZU FÜR DIE ARBEIT DER BUNDESREGIERUNG

I.

Einleitend verweist der Bundeskanzler auf Veröffentlichungen aus dem Bundesfinanzministerium über die Haushaltslage (16). Er empfiehlt hierbei ein ungeschminktes, aber zutreffendes Bild der Lage zu geben. Mitteilungen und Gegenüberstellungen von Zahlen, die den tatsächlichen Sachverhalt in einem ungünstigeren Licht erscheinen lassen, böten eine leichte Gelegenheit, gegen diese Zahlen zu polemisieren und würden damit letzten Endes dem Bundesfinanzminister schaden. Er bittet, zunächst in eine Aussprache über die Grundsätze der Finanz- und Wirtschaftspolitik einzutreten. Der Bundesfinanzminister geht davon aus, Aufgabe seines Hauses sei es, mit exakten Zahlen zu arbeiten und im Gegensatz zu den mehr spekulativen Erwartungen der anderen Ressorts die finanziellen Tatbestände mit konkreten Ergebnissen zu untermauern. Er müsse von einem bestimmten Zustand der Wirtschaft ausgehen, und könne „das Wetter nicht besser machen als es sei“.

Der Bundeswirtschaftsminister entgegnet, daß es sehr wohl möglich sei, dieses „Wetter mitzumachen“, weil die Wirtschaftspolitik in starkem Maße durch die Finanz- und Steuerpolitik beeinflusst werde. Bei dem engen Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Finanzen und der gegenseitigen Wechselwirkung komme es darauf an, festzulegen, in welcher Weise die Finanzpolitik geführt werden müsse, damit die Wirtschaft zu steigenden Erträgen komme. Durch den auf diese Weise bewirkten weiteren Anstieg in der Wirtschaft könnten dann wieder höhere Steuereinnahmen erzielt werden.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--------------------------------------------------	-------------------------	---------------------------------------------------------------

Nach der Auffassung des Bundesfinanzministers ist diese Forderung erfüllt und gibt gerade die Finanzpolitik zur Zeit die stärksten Anreize zur Ausdehnung der Wirtschaft; so z. B. auf dem Kapitalmarkt.

Der Bundesminister für Wohnungsbau betont, daß er dem hartnäckigen Bestreben des Bundesministers der Finanzen, die Ausgabenwirtschaft zu zügeln, volle Anerkennung zolle. Wenn dieser behauptete, die größten Impulse für die Wirtschaft kämen vom Finanzministerium, dann liege das an dem zu großen Anteil der öffentlichen Hand am Sozialprodukt. 40% des Volkseinkommens gingen durch die öffentliche Hand und damit mache diese zu 40% „das Wetter mit“.

Der Anstieg der Steuereinnahmen im Haushaltsjahr 1953 habe sich gegenüber den Vorjahren verlangsamt. Wenn man den bisherigen Wachstumsprozeß der Wirtschaft aufrechterhalten wolle, sei es notwendig, die Steuerbelastung zu senken. Zum Beispiel dafür, wie selbst der Bundesfinanzminister durch eine Steuersenkung gewinnen könne, verweist der Bundesminister für Wohnungsbau auf das Kapitalmarktförderungsgesetz (17). Durch den Verzicht auf 50 bis 60 Mio. DM Steuereinnahmen konnte eine Bundesanleihe (18) in Höhe von 500 Mio. DM und konnten für Länder und Kommunen Anleihen von insgesamt 200 Mio. DM ausgegeben werden.

Der Bundeskanzler stimmt dem Bundesminister für Wohnungsbau zu, daß es ungesund ist, 40% des Volkseinkommens über die öffentlichen Kassen laufen zu lassen; vor allem, wenn mit diesen Geldern etwa Autofabriken finanziert würden. Es komme darauf an, die Grenze zu finden, wie weit spekulative Erwartungen über die wirtschaftliche Entwicklung im Haushalt berücksichtigt werden könnten. Er bittet, Vorschläge zu machen, auf welchem Wege der hohe Prozentsatz der Steuern am Volkseinkommen gesenkt werden kann.

Die Bundesminister für Wirtschaft und für Wohnungsbau wollen dieses Ziel dadurch erreichen, daß der Wirtschaftsprozeß ständig ausgeweitet wird. Wenn die Ausgaben der öffentlichen Hand daneben nicht erhöht würden, werde sich der prozentuale Anteil der öffentlichen Hand von selbst verringern. Damit aber dieses Wachstum möglich sei, verlangt der Bundeswirtschaftsminister den gleichberechtigten Zugang zum Kapitalmarkt für die private Wirtschaft. Wenn die öffentliche Hand im letzten Jahr nicht so bevorzugt und die private Wirtschaft zu mehr als nur 7% an den Emissionen dieses Jahres beteiligt worden wäre, dann hätte sie mehr rationalisieren und durch eine stärkere Steigerung des Sozialprodukts eine höhere Steuerleistung erbringen können (19).

Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bringt hierzu ein Beispiel aus der Süßwarenindustrie. Diese arbeite mit einem Rohstoff, der durch die hohe Besteuerung fast doppelt so teuer sei wie im Ausland. Wenn in diesem Fall die Steuerbelastung wesentlich gemildert würde, könnte die etwa 40 bis 50.000 Arbeiter beschäftigende Industrie sich am Export beteiligen und eine bedeutende Ausweitung erfahren.

Der Bundeskanzler meint, eine Steuersenkung in einzelnen aber überschaubaren Fällen scheine ihm möglich zu sein. Es sei aber bisher noch nicht gesagt worden, wie der Bundesfinanzminister den Haushalt abgleichen könne, wenn man ihm den Anleiheweg beschneide.

Bundesminister Strauß weist darauf hin, daß die Investitionen für den Wohnungs- und Schiffsbau und für die Autobahnen gestrichen werden müßten, wenn dem Bundesfinanzminister der Anleiheweg abgeschnitten würde. Als erster Grundsatz sei festzustellen, daß der Bundesfinanzminister nicht zu höheren Ausgaben gezwungen werden dürfe, denn sonst vermindere sich auch bei einer wachsenden Wirtschaft nicht der Anteil der Steuern am Volkseinkommen.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--------------------------------------------------	-------------------------	---------------------------------------------------------------

Der Bundesminister für den Wohnungsbau erläutert die verschiedene steuerliche Belastung der Eisen- und Stahlindustrie in Frankreich und in Deutschland. Er kommt zu dem Ergebnis, daß steuerliche Maßnahmen notwendig sind, wenn wir exportfähig bleiben wollen und gibt zu erwägen, daß u. U. statt einer Senkung der Steuerlasten auch eine Änderung des Steuersystems ausreichen könne.

Der Bundesfinanzminister betont wiederholt, daß auch er volkswirtschaftlich denke, nur müsse er dies in einer anderen Sprache, und zwar in Einnahme- und Ausgabeposten ausdrücken. Seine Aufgabe sei es, über den Einzelfall hinaus an die Wirkung auf die Gesamtheit zu denken. So müsse er z. B. abwägen, ob es richtig sei, einseitig die Süßwarenindustrie zu fördern, wenn er gleichzeitig auf Millionen-DM-Einnahmen für die Allgemeinheit aus der Zuckersteuer verzichten müsse.

Der Bundeswirtschaftsminister gesteht dem Bundesfinanzminister den Zutritt zum Kapitalmarkt ausdrücklich zu. Auf diesem Markt herrschten z. Zt. jedoch völlig ungesunde Verhältnisse. Die derzeitige Politik stütze das ungerechtfertigte Zinsniveau. Trotz überfließendem Geldmarkt bleibe das Geld dem Kapitalmarkt fern. Es sei deshalb notwendig, einen echten Kapitalmarkt mit echtem Zins und echten Kursen zu schaffen. Hierfür sei die gleichmäßige Behandlung aller Wertpapiere eine Grundbedingung (20).

Der Bundeskanzler unterstreicht mit Nachdruck, daß in Zukunft für eine bessere Abstimmung und Koordinierung auf dem wirtschaftlichen und finanziellen Gebiet gesorgt werden müsse.

II.

Der Bundesfinanzminister trägt sodann seine Vorlage vom 28.10.1953 vor, soweit sie sich mit den Rechnungsjahren 1952 und 1953 befaßt. Ergänzend gibt er das Ergebnis seiner Besprechung vom Vortage mit den alliierten Finanzberatern über die rückständigen Besatzungskosten bekannt (21). Er habe versucht, vom 1.1.1954 ab eine Herabsetzung der monatlichen Besatzungskosten unter 600 Mio. DM oder die Einbeziehung bisher nicht anerkannter Ausgaben als Besatzungskosten zu erreichen. Sein Vorschlag sei abgelehnt worden mit dem Bemerkung, daß die rückständigen Beträge demnächst für ein großes Bauprogramm in Anspruch genommen würden. Da das Guthaben z. Zt. 2,2 Mia. DM beträgt, bittet der Bundesfinanzminister, auf höchster Ebene die Alliierten zur Bekanntgabe eines Kassenplanes zu veranlassen. Der Bundeskanzler glaubt, daß in dieser Angelegenheit besser kein Druck auf die Alliierten ausgeübt werden sollte. Es sei zudem unmöglich, daß diese einen so hohen Betrag in wenigen Wochen verbauen könnten.

Der Bundesminister für Wohnungsbau bittet den Bundesfinanzminister um Aufklärung darüber, wie sich die von ihm erwähnten Ausgabenreste aus 1952 in Höhe von 905 Mio. DM zusammensetzen und möchte wissen, ob den im Haushaltsjahr 1953 erwarteten Mehrausgaben auch Mehreinnahmen gegenüberstehen. Er hält die Einnahmeschätzungen des Bundesfinanzministers für zu niedrig. Dieser rechne 1953 mit 1,3 Mia. DM Mehreinnahmen gegenüber 1952. Er habe jedoch bereits im ersten Halbjahr 1953 rund 1 Mia. DM mehr eingenommen, so daß er mit einer zusätzlichen Mehreinnahme von 600-1.000 Mio. DM rechnen könne.

Der Bundesfinanzminister bestreitet diese Zahlen und gibt einen Überblick über seine Schätzungen bei den einzelnen Einnahmeposten.

Der Bundeswirtschaftsminister führt sodann aus, daß nach dem bisherigen Eingang von Steuern und Zöllen und den erreichten Verbrauchszahlen die Kaffeesteuersenkung im Haushalt 1953 nicht zu einem Ausfall gegenüber dem Haushaltsansatz führen werde (22).

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
----------------------------------------------	-------------------------	-----------------------------------------------------------

III.

Der Bundeskanzler, der wegen des Besuchs von Admiral Radford (23) um 12 Uhr die Sitzung verlassen muß (24), wird im Vorsitz von dem Bundesfinanzminister vertreten. Dieser legt seine Auffassung über die Haushaltslage 1954 entsprechend der Kabinettsvorlage dar. Danach sind auf Grund einer erwarteten Steigerung des Bruttosozialprodukts um 4,7% die Steuereinnahmen 1954 um 1,6 Mia. DM höher geschätzt als für 1953. Trotzdem rechnet der Bundesfinanzminister mit einem Fehlbetrag von 3.333 Mio. DM. Er erläutert die von ihm aufgezeigten verschiedenen Deckungsmöglichkeiten und gibt bekannt, daß er zum Ausgleich des außerordentlichen Haushalts zwei Bundesanleihen zu je 500 Mio. DM etwa zu Ostern und im Spätherbst 1954 ausgeben wolle. Wenn 400 Mio. DM Wohnungsbaumittel aus dem ordentlichen in den außerordentlichen Haushalt übertragen würden, bliebe in diesem noch ein Fehlbetrag von 425 Mio. DM ungedeckt, um den er die schwebende Schuld vergrößern oder den Kreditplafond bei der Bank deutscher Länder in Anspruch nehmen wolle. Als zusätzliche Schwierigkeit komme das Defizit der Bundesbahn (25) hinzu, die bereits zum 31.12.1953 kassenmäßig entlastet werden müsse. Die Hilfe für die Bundesbahn sei nach seiner Meinung am dringlichsten.

Auf Wunsch des Bundesinnenministers, der insbesondere die Streichung der Ansätze für den Grenz- und Luftschutz bemängelt, erklärt sich der Bundesfinanzminister bereit, zur Nachmittagssitzung eine Übersicht über die sogenannten „Chefsachen“ vorzulegen, die zwischen ihm und den übrigen Ressorts bei der Aufstellung des Haushaltsplanes für 1954 noch streitig geblieben sind (26).

[...]

Anmerkungen:

[...]

- 16) Vgl. BULLETIN vom 8. Okt. 1953 S. 1601 („Zur derzeitigen Haushalts- und Kassensituation des Bundes“); dazu „Bemerkungen...“ vom 28. Okt. 1953 in B 136/571.
- 17) Vgl. 13. Sitzung TOP D. – Fortgang hierzu 5. Sitzung TOP 3.
- 18) Vgl. 10. Sitzung TOP 9.
- 19) Vgl. dazu Ausführungen von Erhard und Pferdenges in BULLETIN vom 15. Okt. 1953 S. 1643 („Wiederaufbau eines freien Kapitalmarktes“).
- 20) Fortgang hierzu 5. Sitzung Abschnitt II Punkt 3.
- 21) Zum Abkommen über den deutschen finanziellen Verteidigungsbeitrag vgl. 289. Sitzung TOP 1. – Zum Ergebnis der Verhandlungen (Unterlagen dazu in AA 11 241-14 (1953/54) und B 126/5014) vgl. BULLETIN vom 6. Nov. 1953 S. 1786. Weiteres Thema der Besprechung am 3. Nov. 1953 war die Vorbereitung eines Zusatzabkommens zum Finanzabkommen (Schreiben des BMF vom 30. Nov. 1953 in B 136/2109). – Zorn Finanzvertrag vgl. Sondersitzung am 23. Mai 1952 TOP 1.
- 22) Vgl. 303. Sitzung TOP F, dazu BULLETIN vom 28. Okt. 1953 S. 1716 („Wie wirkt sich die Kaffeesteuersenkung aus?“). – Dazu Vermerk vom 30. Okt. 1953 in B 102 / 9658 Heft 1.
- 23) Arthur W. Radford (1896-1973). 1949 Oberbefehlshaber über die US-Pazifikflotte; 1953-1957 Chef der Vereinigten Generalstäbe der US-Streitkräfte.
- 24) Zu dieser Besprechung vgl. ADENAUER TEEGESPRÄCHE S. 497.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--------------------------------------------------	-------------------------	---------------------------------------------------------------

- 25) Zur Wirtschaftslage der Bundesbahn vgl. 300. Sitzung TOP 1.
26) Fortgang hierzu 6. Sitzung TOP 1.3 e) cc.

[Quelle: Bundesarchiv (Hg.), Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 6: 1953, bearb. von Ulrich Enders/Konrad Reiser, Boppard am Rhein 1989, S. 480-487.]

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--------------------------------------------------	-------------------------	---------------------------------------------------------------